



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen.....	7
4.	Türkische Zyprioten	7
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	8

FES NEWS

FES Website mit dem Newsletter Archiv jetzt online

www.fescyprus.org

1. Das Zypernproblem

Nach einem fünfmonatigen Tauziehen kündigten der griechisch-zypriotische Präsident Nicos Anastasiades und der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter am 7. Februar an, dass sie sich über eine gemeinsame vorläufige Vereinbarung geeinigt hätten, welche die grundlegenden Bestimmungen für eine Lösung des Zypernproblems festlegen soll. Die Vereinbarung ebnete den Weg für die Wiederaufnahme der Verhandlungen am 11. Februar nach einer 18-monatigen Unterbrechung.

Die Einigung wurde getroffen, nachdem die stellvertretende US-Außenministerin für europäische und eurasische Angelegenheiten, Victoria Nuland, in Zypern eingetroffen war. Die Vereinigten Staaten waren maßgeblich an den Verhandlungen zwischen Ankara und den griechischen Zyprioten beteiligt. Die Ablösung des türkisch-zypriotischen Verhandlungsführers Osman Ertug, der weithin als Hardliner und als enger Weggefährte von Dervisch Eroglu gilt, durch Kudret Ozersay, wird als ein Zeichen für Ankaras Willen gewertet, konstruktiver Teil des Verhandlungsprozess zu sein und die Position von Dervis Eroglu zu schwächen, der ebenfalls als Hardliner gilt. Am 11. Februar trat Alexander Downer von seinem Posten als Sonderbeauftragter der UN zurück. Er hatte den Posten seit 2008 inne. Die internationale Gemeinschaft insbesondere die EU und die Türkei, Großbritannien als auch die USA und die UN begrüßten die Wiederaufnahme der Friedensgespräche.

Innenpolitisch zeigte die Erklärung Folgen bei den griechischen Zyprioten: während die DISY und die oppositionelle AKEL sowie Erzbischof Chrysostomos die Vereinbarung unterstützten, hatten sich sowohl der Koalitionspartner DIKO wie auch die sozialdemokratische EDEK, die EUROKO, die Grünen und die Bürgerallianz dagegen ausgesprochen.

Die Bedenken der griechischen Zyprioten beziehen sich vor allem auf die angebliche Wiederaufnahme von Sätzen und Klauseln, die bereits Teil des 2004 abgelehnten Annan-Plans waren. Dies beinhaltet in der Interpretation der Kritiker u.a. die Auflösung der Republik Zypern und die Schaffung eines komplett neuen Staates („virgin birth“), Zugeständnisse an die türkischen Zyprioten in Fragen der Regierungsbeteiligung, aber auch, dass die Erklärung generell sehr vage gehalten sei.

Die gemeinsame Erklärung lautet in der von uns erstellten nicht offiziellen Übersetzung wie folgt:

1. Der Status Quo ist inakzeptabel und seine Verlängerung wird negative Folgen für die griechischen und türkischen Zyprioten haben. Die Volksgruppenvertreter bestätigen, dass eine Lösung positive Ergebnisse für die gesamte Region hat, während vor allem die türkischen und griechischen Zyprioten davon profitieren werden, indem demokratische Prinzipien, Menschenrechte und grundlegende Freiheiten sowie die spezifische Identität und Integrität der anderen Volksgruppe respektiert werden und somit eine gemeinsame Zukunft in einem vereinten

Zypern innerhalb der Europäischen Union gesichert wird.

2. Die Vertreter sind zur Wiederaufnahme strukturierter und ergebnisorientierter Verhandlungen entschlossen. Alle bisher ungelösten Kernfragen sind auf dem Tisch und werden von einander abhängig diskutiert. Die Vertreter werden auf eine schnellstmögliche Lösung hinarbeiten und im Anschluss gleichzeitig stattfindende, separate Referenden abhalten.

3. Die Lösung wird auf der Basis einer bikommunalen, bizonalen Föderation mit politischer Gleichstellung entstehen, wie zuvor in den entsprechenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und den auf hoher Ebene verabschiedeten Vereinbarungen festgelegt. Das vereinte Zypern soll als Mitglied der Vereinten Nationen und der Europäischen Union eine einzige internationale Rechtspersönlichkeit und eine einzige Souveränität haben, die wie jene aller anderen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in der UN-Charta definiert ist und gleichwertig von den griechischen und türkischen Zyprioten ausgeht. Es wird eine einzige, einheitliche zypriotische Staatsbürgerschaft geben, die durch Bundesgesetze geregelt wird. Alle Bürger eines vereinten Zyperns sind auch Bürger des griechisch-zypriotischen bzw. türkisch-zypriotischen Gliedstaates. Dies wird ein innerstaatlich gültiger Status sein und die einheitliche zypriotische Staatsbürgerschaft ergänzen, jedoch nicht ersetzen.

Die Zuständigkeiten der föderalen Regierung sowie alle anderen Befugnisse, die unter die festgelegten Zuständigkeiten fallen, werden in der Verfassung verankert. Die Restzuständig-

keiten der Gliedstaaten werden in der Verfassung definiert. Die Gliedstaaten werden ihre Befugnisse voll und unwiderruflich ausüben ohne Eingriffe von Seiten der föderalen Regierung. Die föderalen Gesetze werden die Gesetze der Gliedstaaten innerhalb der für die Gliedstaaten festgelegten Kompetenzen nicht beeinträchtigen, wie auch die Gesetze der Gliedstaaten die Kompetenzen der Gesetze der föderalen Regierung nicht beeinträchtigen. Alle diesbezüglichen Streitfragen werden endgültig vor dem föderalen Verfassungsgericht entschieden. Keine der beiden Seiten kann Vollmachten oder Gerichtsbarkeit in Bezug auf die andere Seite beanspruchen.

4. Das vereinte, föderale Zypern wird, nach gleichzeitig stattfindenden, separaten Referenden, auf Basis der verhandelten Lösung ergeben. Der zukünftigen föderalen Verfassung zufolge, wird die vereinte zypriotische Föderation aus zwei Gliedstaaten mit gleichem Status bestehen. Der bizonale, bikommunale Charakter der Föderation und die Prinzipien, auf denen die EU basiert, sollen auf der ganzen Insel geschützt und respektiert werden. Die föderale Verfassung wird das oberste Recht des Landes sein und für alle föderalen Behörden und die Gliedstaaten bindend sein. Eine vollständige oder teilweise Union mit einem anderen Land oder jegliche Form der Teilung oder Abspaltung, sowie jede andere, unilaterale Änderung des Status Quo sind verboten.

5. Die Verhandlungen beruhen auf dem Prinzip, wonach nichts vereinbart ist, solange nicht alles vereinbart ist.

6. Die benannten Volksgruppenvertreter sind bevollmächtigt, alle Fragen zu jedem Zeitpunkt zu diskutieren und haben das Recht, parallel zueinander alle Interessenvertreter und interessierten Parteien innerhalb des Prozesses zu kontaktieren falls notwendig. Die Volksgruppenvertreter werden sich so oft wie nötig treffen und behalten sich das Recht vor, letztendliche Entscheidungen zu treffen. Nur von den Volksgruppenvertretern frei getroffene Vereinbarungen können in den separaten, gleichzeitig abzuhaltenden Referenden zur Abstimmung vorgelegt werden. Jedwede Schlichtung ist ausgeschlossen.

7. Beide Seiten bemühen sich um eine positive Atmosphäre, um so einen Erfolg der Gespräche zu gewährleisten. Sie verpflichten sich dazu, gegenseitige Schuldzuweisungen oder negative Kommentare in der Öffentlichkeit zu vermeiden. Des Weiteren verpflichten sich die beiden Seiten, vertrauensbildende Maßnahmen durchzuführen, um der Vision eines vereinten Zyperns Dynamik zu verleihen.

Die Uneinigkeit über die gemeinsame Erklärung war auch der Hauptgrund für die DIKO, die seit kurzem von Nikolas Papadopoulos geführt wird, die Regierungskoalition am 26. Februar zu verlassen als Protest gegen die Vorgehensweise von Anastasiades in der Zypernfrage. Außerdem habe Anastasiades seine vor der Wahl gegebene Versprechen gebrochen, dass die Grundlagen für die Wiederaufnahme der Gespräche klar definiert werden müssten. Es gab Spekulationen darüber, ob die vier der DIKO angehörenden Minister zurücktreten würden. Es handelt sich dabei um Energieminister

Giorgos Lakkotrypis, Bildungsminister Kyriacos Kenevezos, Gesundheitsminister Petros Petrides sowie Verteidigungsminister Photis Photiou. Unterstützer des Präsidenten wiesen darauf hin, dass dieser nun freie Hand in den Verhandlungen habe.

Am 14. Februar hielten die beiden Verhandlungsführer, Andreas Mavroyiannis und Kudret Ozersay, ihr erstes Treffen im Beisein der UN-Sonderbeauftragten Lisa Buttenheim ab und tauschten sich über das weitere Vorgehen bei den Friedensverhandlungen aus. Des Weiteren vereinbarten die beiden Verhandlungsführer Treffen mit den jeweiligen Garantemächten Türkei und Griechenland für Ende des Monats, was ein völliges Novum bei den Friedensverhandlungen ist. Das historische Treffen von Mavroyiannis und Ozersay fand am 28. Februar statt. Mavroyiannis traf sich in Ankara mit dem Staatssekretär des türkischen Außenministerium, Feridun Sinirlioglu, während gleichzeitig ein Treffen zwischen Ozersay und dem Generalsekretär des griechischen Außenministeriums, Anastasis Mitsiallis, in Athen stattfand. Führende Politiker beider Seiten einigten sich darauf, Zurückhaltung zu üben und daher gab es keine Kommentare zu den besprochenen Themen.

2. Gasvorkommen

Das australische Unternehmen Woodside Petroleum, ein Partner von Noble Energy und Delekt, bezeichnete Zypern als ein mögliches Ziel für eine Pipeline, die Gas aus dem israelischen Feld

Leviathan exportiert. Dem CEO von Woodside Petroleum, Peter Coleman, zufolge könnten täglich 500.000 Millionen Kubikfuß Gas nach Zypern geliefert werden. Andere Exportwege beinhalten Jordanien, Ägypten und die Türkei. Coleman bestätigte auch, dass für die Gasexporte aus dem Leviathan Feld eine schwimmende Verflüssigungsanlage (Floating LNG – FLNG) angestrebt wird anstatt einer LNG-Anlage an Land.

Es wird davon ausgegangen, dass die für den Standort Vasilikos geplante LNG-Anlage über eine Exportkapazität von fünf Millionen Tonnen Flüssiggas pro Jahr (was der Produktionsmenge einer Produktionsreihe entspricht) verfügen könnte. Bis zum jetzigen Zeitpunkt rechtfertigen die vor Zyperns Küste entdeckten Gasvorkommen den Bau einer solchen Anlage nicht. Die von Woodside angegebene Produktionsmenge liegt bei ca. 3,8 Millionen Tonnen Flüssiggas pro Jahr. Zusammen mit dem im Aphrodite-Feld entdeckten Vorkommen könnte sich eine Verflüssigungsanlage wirtschaftlich rentieren. Eine solche Anlage könnte jedoch selbst nach optimistischen Schätzungen nicht vor 2020 betriebsbereit sein. Eine Reihe von Experten sagen jedoch voraus, dass eine zypriotische LNG-Anlage aufgrund des bis dahin mutmasslich gefallen Gaspreises nicht wettbewerbsfähig sein werde. Zudem wird davon ausgegangen, dass weltweit eine wachsende Zahl von LNG-Anlagen für den Export fertiggestellt sein werden, sodass Zypern keine Zeit beim Bau einer LNG-Anlage verlieren sollte.

Aus diesem Grund muss die zypriotische Regierung schnell handeln, um alle Beteiligten – auch

die israelische Regierung – davon zu überzeugen, sich auf den Bau einer LNG-Anlage festzulegen. Die Verhandlungen mit Noble und Delek stecken jedoch seit November letzten Jahres fest. Türkischen Zeitungsmeldungen zufolge verhandelten Nobel und Delek in der Zwischenzeit mit den türkischen Unternehmen Zorlu, Enka, Turcas und Calik über die Möglichkeit, israelisches Gas durch die Türkei nach Europa zu liefern. Gleichzeitig ergibt sich für das EU-Mitgliedsland Zypern aufgrund der Entwicklungen in der Ukraine die Möglichkeit, sich als einen zuverlässigen Gaslieferant für die EU zu präsentieren, um sich so von russischen Gaslieferungen unabhängiger zu machen.

Anfang Februar drängte ein türkisches Kriegsschiff ein norwegisches Erkundungsschiff aus der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns ab mit der Begründung, dass sich das norwegische Schiff in einem von der Türkei kontrollierten Bereich befunden hätte.

Die Cyprus National Hydrocarbons Company kündigte den Rücktritt ihres Vorstandsvorsitzenden Charles Ellinas an.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Im Februar beendete die Troika ihre dritte Überprüfung in Zypern. Der durch die positive Bewertung des Konsolidierungsprogramms hervorgerufene Optimismus wurde Ende des Monats durch Unsicherheit ersetzt, da das

zypriotische Parlament ein von der Troika gefordertes Gesetz zur Privatisierung der halbstaatlichen Unternehmen ablehnte.

Am 17. Februar informierte die Troika, bestehend aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EBZ), die Minister der Eurozone über die Hauptergebnisse ihrer dritten Prüfung in Zypern, die Mitte Februar abgeschlossen worden war. Der neueste Bericht der Troika fiel sehr positiv für Zypern aus, beinhaltete aber auch einen Stichtag für die notwendige Gesetzesänderung bezüglich der Privatisierung, der vor das nächsten Treffen der Eurogruppe terminiert wurde.

Als Teil der Verpflichtungen muss Zypern die zypriotische Telekom CyTA, das Elektrizitätsunternehmen EAC und die zypriotische Hafenbehörde CPA privatisieren, um bis 2018 einen Betrag von 1.4 Milliarden Euro aufzubringen. Am 27. Februar wurden die Privatisierungspläne jedoch vom Parlament abgelehnt, was das Rettungsprogramm von 10 Milliarden Euro und die Auszahlung der nächsten Tranche in Höhe von 236 Millionen Euro in Gefahr gebracht hätte. Die nächste Auszahlung war für den 5. März vorgesehen. An diesem Tag sollte sich auch die Eurogruppe treffen.

Vor allem DIKO war für das Scheitern der Abstimmung verantwortlich, da sie sich für die Aufnahme einer Klausel in den Gesetzesvorschlag stark machte, wonach die Gehälter und sonstige Vergünstigungen der Angestellten auch nach der Privatisierung der halbstaatlichen Unternehmen beibehalten werden sollten, was

wiederum von der Troika als unakzeptabel eingestuft wurde. Bei der Abstimmung im Parlament waren die Stimmen gleichmäßig verteilt, d.h. 25 Abgeordnete stimmten für das Privatisierungsgesetz, 25 dagegen und fünf Abgeordnete der DIKO enthielten sich. AKEL, EDEK und die Grünen stimmten dagegen. Somit wurde das Gesetz nicht beschlossen. Die fünf DIKO-Abgeordneten – der ehemalige Parteivorsitzende Marios Garoyian, Athina Kyriakidou, Angelos Votsis, Antonis Antoniou und Fytos Constantinou – wollten mit ihrer Enthaltung zum Ausdruck bringen, dass sie mit Entscheidung von Papadopoulos, die Regierungskoalition zu verlassen, nicht einverstanden waren. Der Regierung blieb nichts anderes übrig, als am 28. Februar ein abgeändertes Gesetz, das einige wenige Bedenken der Angestellten bezüglich ihrer bestehenden Rechte berücksichtige, zur erneuten Abstimmung im März einzubringen. Während der Abstimmung demonstrierten die Angestellten der betroffenen Unternehmen vor dem Parlament gegen die Pläne und hielten in der letzten Februarwoche einen dreitägigen Streik ab.

Die Regierung stellte ein neues Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung von 7.500 neuen Arbeitsplätzen vor. Das Programm umfasst ein Budget von 40 Millionen Euro, wovon 95% vom Europäischen Sozialfond zur Verfügung gestellt werden.

Des Weiteren kündigte das Finanzministerium die Aufhebung der Beschränkungen für Termingeldkonten an. Die Beschränkungen waren zusammen mit den Kapitalverkehrskontrollen im März 2013 eingeführt worden, um einen Run

auf die Banken zu verhindern. Außerdem soll der zulässige Höchstbetrag für Überweisungen innerhalb Zyperns pro Person von derzeit 15.000 Euro auf 20.000 Euro erhöht werden.

Die privaten Einlagen bei den zypriotischen Banken nahmen im Vergleich zum Dezember um 0,6% auf 34,9 Milliarden Euro leicht ab.

Innenpolitische Entwicklungen

Im Februar wurde die Vorgehensweise der zypriotischen Einwanderungsbehörde kritisch beleuchtet. Der neueste Fall ist der eines Bosniers, der zunächst festgenommen und nach seiner Entlassung wieder verhaftet worden war trotz eines Urteils des Obersten Gerichtshofs, wonach er freizulassen sei. Dieser Fall verdeutlicht die Praktiken der Einwanderungsbehörde, die beschuldigt wird, sich in Fällen von politischem Asyl nicht an EU-Regelungen zu halten. Menschenrechtsorganisationen, Abgeordnete und die Ombudsfrau haben wiederholt die Vorgehensweise und die Haltung der Behörde als zu hart und willkürlich kritisiert. Es wird berichtet, dass die Ursache dafür bei der Behördenleitung liege, die eine unnachgiebige Linie verfolge, aber auch daran, dass sämtliche Regierungen ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt hätten, um nicht zu nachsichtig beim Einwanderungsthema zu gelten. Mit Beginn der Wirtschaftskrise und zunehmenden Arbeitslosenzahlen ist die Situation der politischen Asylbewerber schwieriger geworden, u.a. auch deswegen, weil das Thema illegaler Menschenhandel immer öfter in den Schlagzeilen auftaucht.

Eine mögliche LNG-Anlage (wie oben berichtet) bei Vasilikos hat bei den Bewohnern der umliegenden Dörfer und Umweltaktivisten Bedenken ausgelöst. Plänen zufolge soll in dem Gebiet rund um das Dorf Mari ein Industriegebiet entstehen. Derzeit befinden sich in dem Gebiet das Elektrizitätskraftwerk, eine Zementfabrik und ein privates Tanklager für Öl. Die Regierung plant eine Vergrößerung der bestehenden Tankanlage mit dem Ziel, alle strategischen Ölreserven dort zu lagern. Kritiker betonen jedoch, dass Kraftwerke aus strategischen Gründen über die Insel verteilt werden sollten, statt die Elektrizitätsproduktion an einem Punkt zu konzentrieren. Außerdem befürchtet die Mehrheit der Bewohner eine Zunahme der Emissionen und andere Umweltschäden, wie z.B. die Verschmutzung des Grundwassers. Überdies sollten Lehren aus der Explosion des Munitionsdepots im nahe gelegenen Militärlager im Jahr 2011 gezogen werden, in dessen Verlauf das Kraftwerk fast vollständig zerstört wurde und eine Reihe von Menschen ums Leben kamen. Wie es scheint, hatte die Regierung vor der Planung weder eine Umweltstudie in Auftrag gegeben noch die Bevölkerung hinreichend informiert.

4. Türkische Zyprioten

Dieser Teil wird in der Aprilausgabe nachgeliefert.

5. FES Zypern Veranstaltungen

März

--- keine Veranstaltungen ---

Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Web-Seite: www.fescyprus.org

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com